

Rüstung statt Regeln

Beobachtungen von der Münchner Sicherheitskonferenz (12.–15. Februar 2026)

Drei Tage lang diskutierten Politiker*innen im Bayerischen Hof in München wieder über zentrale Fragen globaler Sicherheit. In diesem Jahr war ich – vermittelt durch die Projektgruppe „*Münchner Sicherheitskonferenz verändern*“ e.V. – als Vertreterin der Zivilgesellschaft eingeladen.

Ich war gespannt, welche Antworten die politisch Verantwortlichen auf die tiefe Erschütterung der internationalen Ordnung geben würden: auf die grausamen Kriege unserer Zeit, auf die offene Missachtung des Völkerrechts durch US-Präsident Donald Trump, auf globale Ungleichheit, Hunger und die eskalierende Klimakrise.

Als Co-Präsidentin der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) wollte ich zudem die wachsende Gefahr eines Atomkriegs thematisieren.

Erst Ende Januar hatten Wissenschaftler*innen die symbolische „Doomsday Clock“ auf 85 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt – ein drastisches Zeichen dafür, dass die Gefahr einer nuklearen Katastrophe so hoch ist wie nie zuvor. Kurz darauf lief mit dem New START der letzte Vertrag zwischen Russland und den USA zur Begrenzung strategischer Atomwaffen aus. Eine weitere Entfesselung des Wettrüstens ist zu befürchten.

Der wenige Tage vor Konferenzbeginn veröffentlichte Munich Security Report 2026 streift das Thema Atomwaffen jedoch nur am Rande. Im Mittelpunkt steht die US-Außenpolitik unter Präsident Trump, die als Abrissbirne internationaler Regeln und multilateraler Kooperation beschrieben wird. Zutreffend analysiert der Bericht den wachsenden Einfluss profitorientierter Unternehmen und die Logik bilateraler „Deals“ anstelle verbindlichen internationalen Rechts. Auch die Finanz- und Glaubwürdigkeitskrise der Vereinten Nationen infolge zunehmenden Nationalismus, geopolitischer Rivalitäten und steigender Militärausgaben wird benannt.

Enttäuschend – wenn auch nicht überraschend – ist jedoch, dass sich die vorgeschlagenen Lösungsansätze nahezu ausschließlich auf höhere Rüstungsausgaben konzentrieren. Nicht nur die amerikanische Außenpolitik folgt wirtschaftlichen Interessen: Rüstungsunternehmen wie Hensoldt, Heckler & Koch, Lockheed Martin oder Rheinmetall zählen – neben mehreren Bundesministerien – zu den offiziellen Sponsoren der Konferenz.

Auch auf den Hauptbühnen dominierte das Narrativ vom „Ende der alten Weltordnung“. In seiner Eröffnungsrede erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz die regelbasierte Ordnung faktisch für gescheitert. Die militärische Stärkung Deutschlands und Europas habe nun oberste Priorität. Die Bundeswehr solle so rasch wie möglich zur stärksten konventionellen Armee Europas werden – Wettbewerbspolitik sei Sicherheitspolitik. Sogar die Möglichkeit von gemeinsamen europäischen Atomwaffen wolle er diskutieren.

Zur Begründung verwies er darauf, dass das europäische Bruttoinlandsprodukt das Zehnfache des russischen betrage, militärisch jedoch keine entsprechende Überlegenheit bestehe. Unerwähnt blieb, dass Deutschland bereits heute die 4. größte Militärmacht weltweit ist (übertrifft nur von den USA, Russland und China)¹. Auch ohne die USA verfügen die NATO-Staaten gegenüber Russland über ein deutliches Übergewicht – nicht nur bei den Rüstungsausgaben (420 vs. 300 Milliarden US-Dollar),

¹ Stockholm International Peace Research Institute 2025, siehe auch:

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-04/sipri-aufruestung-militaerausgaben-steigen-zehntes-jahr-in-folge>

sondern insbesondere bei Großkampfsystemen (z.B. 6297 vs. 2000 Kampfpanzer, 2073 vs. 1026 Kampfflugzeuge). Die NATO-Staaten dominieren auch den weltweiten Rüstungsmarkt mit über 70% des Gesamtumsatzes (Russland 3,5%).²

Immerhin betonte Merz, es dürfe nie wieder einen deutschen Alleingang geben – eine Lehre aus der Geschichte. Und er warnte, eine Welt, in der allein Macht zähle, sei ein finsterer Ort. Welche konkreten Schritte er als deutscher Kanzler zur Stärkung des Rechts als Gegengewicht zur Macht unternehmen wolle, blieb offen. Die Vereinten Nationen, die als Reaktion auf den 2. Weltkrieg gegründet wurden, erwähnte er nicht.

Die „amerikanischen Freunde“ kritisierte er für den Kulturkampf der MAGA-Bewegung, der die Menschenwürde verletze, sowie für die Abkehr von freiem Handel, Klimaabkommen und Weltgesundheitsorganisation zugunsten von Protektionismus und Nationalismus.

US-Außenminister Marco Rubio bekräftigte am folgenden Tag genau diese Linie: Zu lange habe man amerikanische Interessen dem „Klima-Kult“ und dem globalen Wohlfahrtsstaat untergeordnet. Massenmigration sei eine Bedrohung für westliche Gesellschaften.

„Standing Ovations“ gab es für diese Rede vom deutschen Außenminister Johann Wadephul, Verteidigungsminister Boris Pistorius und dem bayerische Ministerpräsidenten Markus Söder – ein Bild, das im In- und Ausland auf breite Kritik stieß.

Der inhaltliche Kontrast zur Rede des chinesischen Außenministers Wang Yi hätte größer kaum sein können: Er warb für die Stärkung der Vereinten Nationen, für multilaterale Kooperation und für eine internationale Ordnung, die auf Dialog statt auf Konfrontation gründet.

Insgesamt war die Konferenz trotz der spürbaren echten Sorgen über den Verlust von Werten und Regeln stark von Konkurrenzdenken, Oberflächlichkeit und Perspektivlosigkeit geprägt. Nicht nur der Applaus für den amerikanischen Außenminister, auch die von westlichen Vertreter*innen nach der Rede von Wang Yi vielfach geäußerte Vermutung, China wolle mit seinem Vorstoß zur Stärkung der Vereinten Nationen lediglich seine eigene Einflusssphäre ausbauen, deuteten auf ein starkes Bedürfnis nach Führung und der Wiederherstellung vertrauter Ordnungsmuster hin.

Als Ärztin, die an wissenschaftliche Analyse und Einordnung nach Relevanz für die Gesundheit der Bevölkerung gewöhnt ist, war ich erstaunt, dass die Diskussionen auch in den vertraulichen Side Events selten über das Narrativ hinausgingen „Die USA haben uns verlassen – Russland können wir nicht trauen – also rüsten wir auf“ hinausging. Ich hatte gehofft, hier besser zu verstehen, weshalb ein russischer Angriffskrieg befürchtet wird, obwohl sowohl das Kräfteverhältnis zu Gunsten der NATO als auch viele Expert*innen dagegensprechen. Das Narrativ des drohenden Kriegs ist schließlich die Begründung für die massive Steigerung der Verteidigungsausgaben, die zu Lasten der echten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung, wie Gesundheit, Bildung usw. gehen werden.

In Veranstaltungen mit Beteiligung deutscher Ministerien über den notwendigen Umbau von Deutschem Transport- und Gesundheitssystem für einen Krieg in Europa, in dem Deutschland die logistische Drehscheibe wäre, gelang es mir immerhin, Fragen zu stellen. Ich fragte z.B., ob die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 50% der gesamten Deutschen Steuereinnahmen nicht viel öffentlicher diskutiert werden müsste, damit kein Ungleichgewicht zugunsten der wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie entsteht, die auf der MSC stark repräsentiert ist.

² https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf

Viele der häufig vertraulichen Hintergrundgespräche auf der MSC, auf denen Lösungen für vermeintliche militärische Fähigkeitslücken präsentiert werden, werden direkt von der Rüstungsindustrie oder von Industrie-nahen Think Tanks finanziert. In der Medizin wären derartige finanzielle Interessenskonflikte im Sinne einer Wissenschafts-basierten und Patientenzentrierten Behandlung undenkbar.

Auch wenn die Antworten auf meine Fragen oft ausweichend waren oder erst nach Ende einer Veranstaltung im bilateralen Gespräch kamen, war ich positiv überrascht über die Beteiligungsmöglichkeit. Das MSC Motto „Peace through Dialogue“ war auf allen Stühlen zu lesen und auf die Einhaltung von Gesprächsregeln wurde geachtet: Nachdem ich von einem Moderator aus dem Verteidigungsministerium harsch unterbrochen worden war, als ich sagte, dass das Deutsche Gesundheitssystem einen Krieg in Europa nicht bewältigen könne, kamen Mitarbeiterinnen der MSC auf mich zu und sagten, dieser Vorfall würde an die Konferenzleitung gemeldet. (Die Veranstaltung wurde mit dem scherzhaften Vorschlag beendet, die Teilnehmer*innen sollten ihren Erste-Hilfe-Kurs auffrischen).

In der Abschlussveranstaltung in der großen Halle erhielt ich sogar die Gelegenheit, eine Frage zu den notwendigen Schritten angesichts der wachsenden Gefahr eines Atomkriegs zu stellen. Das Abschlusspanel bestand ausschließlich aus jungen Parlamentarierinnen, die mir fast alle nachdrücklich zustimmten. Insgesamt erschien mir die Repräsentation von Frauen unter den Redner*innen und Teilnehmenden – trotz des traditionell männlich dominierten sicherheitspolitischen Feldes – bemerkenswert hoch.

Sehr enttäuschend waren für mich die anwesenden deutschen Politikerinnen sowie Vertreterinnen deutscher Stiftungen und Thinktanks. Viele plädierten nachdrücklich für Aufrüstung und zeigten nur geringe Gesprächsbereitschaft. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte ich die meisten von ihnen über das interne Kommunikationssystem der Website kontaktiert und um bilaterale Gespräche am Rande der Veranstaltung gebeten. Zu diesem Zweck stellt die MSC eigens private Räume und reservierte Tische in öffentlichen Lounge-Bereichen zur Verfügung.

Nahezu alle deutschen Politikerinnen lehnten ab; lediglich ein SPD-Abgeordneter signalisierte Gesprächsbereitschaft, musste jedoch kurzfristig abreisen, sodass es nicht dazu kam. Zustande kamen hingegen einige Gespräche mit Vertreterinnen der Bundeswehr und der NATO, die ernsthaft an einer kritischen Perspektive – etwa zur Frage der Belastbarkeit des Gesundheitssystems im Kriegsfall – interessiert schienen. Ebenfalls aufschlussreich waren meine Begegnungen mit Vertreterinnen chinesischer, südamerikanischer und US-amerikanischer Nichtregierungsorganisationen sowie mit politischen Vertreterinnen blockfreier Staaten. Sie zeigten sich über das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen in Deutschland und die neue Blockkonfrontation gleichermaßen erstaunt wie besorgt.

Der Austausch mit Vertreter*innen aus anderen Teilen der Welt war vor allem im Kontrast zur Deutschen Einengung auf militärische Aufrüstung beruhigend – es gibt noch eine andere Perspektive. Auch in einigen Veranstaltungen wurde über den Tellerrand geblickt. Häufig erschien mir der Programmteil zur „Menschlichen Sicherheit“ jedoch eher wie ein Feigenblatt, das die Geschäfte des militärisch-industriellen Komplex verschleiern soll. So gab es eine Veranstaltung zum Thema Entwicklungszusammenarbeit unter Beteiligung der Deutschen Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Reem Alabali Radovan. Zwar wurde benannt, dass jeder Dollar, der in Entwicklung fließt, sich vielfach auszahlt, weil stabile Gesellschaften weniger Konflikte führen, und auch die drastischen Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wurden bedauert. Doch eine grundsätzliche Kritik an der Umverteilung zugunsten des rasant wachsenden Verteidigungshaushalts – der bereits heute das Zehnfache des Entwicklungsetats beträgt – blieb aus.

Tatsächlich herausragend und in vielerlei Hinsicht erhellend war das Panel zum Klimawandel. Ralph Regenvanu, Minister für Klimawandel und Katastrophenschutz des Pazifikstaats Vanuatu, formulierte unmissverständlich, dass viele der auf der Konferenz vertretenen Länder direkte Verantwortung dafür tragen, dass seine Heimat ohne ein rasches Umsteuern in der Energiepolitik vom Untergang bedroht ist. Gavin Newsom, Gouverneur von Kalifornien, und Andrew Forrest, australischer Unternehmer, machten deutlich, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur moralisch geboten, sondern auch ökonomisch vernünftig ist. Forrests Unternehmen Fortescue spart durch die Umstellung auf erneuerbare Energien nach eigenen Angaben jährlich rund eine Milliarde US-Dollar ein. Die konservative Europaabgeordnete Lidia Pereira argumentierte, Europas Energiewende sei unumgänglich, wenn die auf der Konferenz vielfach beschworene strategische Unabhängigkeit von Russland oder den USA ernst gemeint sei. Hindernisse seien jedoch nicht nur die Lobbymacht großer Öl- und Gaskonzerne – darunter Shell, Equinor und Uniper, die ebenfalls zu den Partnern oder Sponsoren der Konferenz zählen –, sondern auch der erhebliche Einfluss der Verteidigungsindustrie, die für Panzer und Kampfflugzeuge weiterhin auf fossile Energieträger setzt.

So schloss sich der Kreis: Am folgenden Tag wurde auf derselben Bühne über Wege zur Beendigung des Ukrainekriegs diskutiert. Während Vertreter*innen von EU und NATO auf weitere Aufrüstung setzten, schlug der US-amerikanische Vertreter vor, die russischen Ölexporte endlich wirksam zu sanktionieren.

Die Abkehr von fossilen Brennstoffen ist nicht nur überlebenswichtig für einige der Kleinsten der Welt; sie könnte zugleich geopolitische Abhängigkeiten reduzieren, Konflikte entschärfen und damit einen Beitrag zu echter Sicherheit leisten.

Doch was bedeutete das für eine Konferenz, die maßgeblich von Akteuren aus dem Rüstungs- und Energiesektor unterstützt wird?

Wenn das Motto der MSC „Peace through Dialogue“ ernst gemeint ist, müsste sie sich auf die Suche machen – nach neuen Partnern und echtem Dialog mit der Welt.

*Dr. med. Inga Blum ist Ärztin bei Hamburg und Co-Präsidentin der Internationalen Ärzt*innen zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und Mitglied der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)*

Hier sind Beitrag und Frage von Inga Blum in der Abschlussveranstaltung der Sicherheitskonferenz zu sehen, ab Minute 24:57: <https://securityconference.org/msc-2026/agenda/event/under-reconstruction-a-world-order-for-the-next-generation/>

Im Zusammenhang mit der Münchener Sicherheitskonferenz und der sich daran anschließenden Debatte über europäische Atombomben sind folgende Interviews und Artikel von Inga Blum erschienen:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1197568.muenchner-sicherheitskonferenz-ist-die-waffenboerse-reformierbar.html>
(Ausführlicher Bericht über die MSC mit Auszügen aus einem Interview mit Inga Blum)

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1197686.muenchner-sicherheitskonferenz-ippnw-einen-kleinen-atomkrieg-gibt-es-nicht.html>

(erschieden am 17.02.) Ein Auszug aus dem Interview mit dem neuen Deutschland wird auch im IPPNW Forum, der Mitgliederzeitschrift der Deutschen IPPNW erscheinen.

<https://table.media/security/tablestandpunkt/durch-merz-atombombengeraune-koennen-wir-nur-verlieren>
(auf Deutsch, siehe unten, man muss sich nur registrieren, keine Zahlungsaufforderung)

<https://table.media/en/security/opinion/nuclear-umbrella-the-german-government-should-advocate-the-withdrawal-of-us-nuclear-weapons>
(auf Englisch, siehe unten)